

**Antrag 272/II/2019 KDV Lichtenberg  
Konsequente Klimapolitik für Berlin!**

**Beschluss:** Annahme mit Änderungen

**Änderung Überschrift: Konsequente Klimapolitik für Berlin!**

Eine engagierte und progressive Klimapolitik ist zutiefst solidarisch und sozialdemokratisch. Von den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels werden wir als Gesellschaft gesamt betroffen sein. Wir brauchen daher auch gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze. Wir fordern daher, dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sich dafür einsetzen sollen, **der Klimakrise mit einer entschlossenen Klimapolitik zu begegnen** und damit die Klimakrise und ihre Folgen als Probleme von höchster Priorität anzuerkennen. Dadurch soll bei allen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses und des Senats die Auswirkungen auf das Klima bedacht und Lösungen bevorzugt werden, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken und die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit berücksichtigen. **Nachhaltige Politik bedeutet für uns zwingend auch die Beantwortung der sozialen Frage.** Politische Entscheidungen sollen demnach die Ergebnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) berücksichtigen. Die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt sind in jedem Beschluss mitaufzuführen, bei negativen Auswirkungen muss zwingende Erforderlichkeit des Beschlusses begründet werden. In dem Zusammenhang sollte Berlin seine Bedeutung als Wissenschaftsstandort noch weiter ausbauen und mehr Lehrstühle einrichten, die Klimaschutz als zentrales Forschungsgebiet haben und sich mit der Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft beschäftigen.

**Überweisen an**

AH Fraktion, Senat

**Stellungnahme(n)**

- **Stellungnahme der AH-Fraktion 2020:** Im Rahmen der Volksinitiative „Klimanotstand“ hat die Koalition im Januar 2020 einen Entschließungsantrag beschlossen (Drs. 18/2236-1), in dem der Senat aufgefordert wird, seine Entscheidungen gezielt auf die Auswirkungen auf den Klimaschutz zu überprüfen (Klimafolgenabschätzung bei allen Senatsvorlagen nach einem definierten Kriterienkatalog). Ebenso wird darin festgelegt, dass die Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes auf mindestens 65 Prozent für das Jahr 2030 zu erhöhen sind.

In der Fraktionsresolution vom Januar 2020 wird die Bedeutung der Berliner Wissenschaftslandschaft für die Adressierung der Klimakrise betont. Demnach soll Nachhaltigkeit als Aufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz verankert werden, im Rahmen von Innovationsklauseln sollen exemplarische Umsetzungen an den Hochschulen ermöglicht werden und die Berliner Universitäten sollen bei ihren Plänen unterstützt werden, ein Einsteinzentrum Klima in Kooperation mit Brandenburg einzurichten.